RC - BULLETIN

IV/1968

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75/76 PS Berlin West 1941 58

Redaktion:

Solveig Ehrler
Elke Jung
Matthias Pfüller

Berlin,
den 21. Nov. 1968

I. Zur Diskussion:
Erklärung des Vorstands des Republikanischen Clubs Berlin zum Thema: Demonstration und Gewalt
Stellungnahmen einzelner Clubmitglieder

II. Veranstaltungen des Republikanischen Clubs:
Mexiko: Aufruf mexikanischer Genossen
"Zur Strategie gewaltfreier Aktionen".

III. Aufruf des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises.

IV. Veranstaltungskalender.

I. Erklärung des Vorstands des Republikanischen Clubs Berlin zum Thema: Demonstration und Gewalt

Die Diskussion nach der Aktion vor dem Landgericht am 4. November 1968 hat gezeigt, daß sich die Gruppen der außerparlamentarischen Opposition den Argumentationsrahmen immer noch von ihren Gegnern oder scheinbaren Freunden vorschreiben lassen. Einer offensiv und militant geführten Aktion folgte eine defensive Interpretation, soweit über den politischen Inhalt überhaupt gesprochen wurde. Dieses Mißverhältnis drückt sich darin aus, daß die nachträgliche Interpretation der Aktion auf das Problem der Gewalt reduziert und zusätzlich noch auf das Prokrustesbett des Begriffspaares "Gewalt gegen Sachen - Gewalt gegen Personen" gespannt wurde. Der soziale Gehalt und die strategische Funktion der am 4. November ausgeübten Gewalt wurde - bis auf eine noch zu erörterde Ausnahme - ebensowenig ausdrücklich diskutiert wie der soziale Gehalt und die strategische Funktion der uns von unseren Gegnern und liberalen Freunden anempfohlenen Verhaltensweise. Wir müssen aber davon ausgehen, daß weder Gewaltlosigkeit (oder "nur Gewalt gegen Sachen") noch Militanz an sich ein politisches Konzept sind, sondern lediglich Elemente einer Strategie der Veränderung der sozialen Verhältnisse.

Wenn die "Revolution" von 1918/19 in Deutschland daran gescheitert wäre, daß man prinzipiell Gewalt gegen Personen

verschmäht hätte, so würden selbst Liberale die Niederlage der revolutionären Massen für selbstverschuldet halten; hätte man 1945 ff. Gewalt gegen Personen angewandt, so befänden wir uns heute sicherlich in einer demokratischeren Gesellschaft; hätten im Mai/Juni 1968 die französischen Studenten und Arbeiter keine Gewalt angewendet, so hätte sich der französischen Arbeiterklasse auch in absehbarer Zeit keine Perspektive einer revolutionären Änderung ihrer Verhältnisse eröffnet.

Diese teil irrealen, teil realen Beispiele führen das "Problem der Gewalt" in den Zusammenhang zurück, in das es gehört: in den Zusammenhang der politischen Strategie der Veränderung der sozialen Verhältnisse. Das "Problem der Gewalt" ist daher nicht abstrakt unter dem Gesichtspunkt von verdinglichten Werten wie Gewalt gegen Personen, Gewalt gegen Sachen, symbolische Gewalt, Gewaltlosigkeit etc. zu diskutieren, sondern unter dem Gesichtspunkt ihres sozialen Gehalts und ihrer sozialen Basis.

Eine solche Vermittlung des abstrakten Gewaltbegriffs mit bestimmten sozialen Inhalten ist in dem Argument angelegt, daß durch die Anwendung massenhafter Gewalt (auch gegen Personen) den Arbeitern exemplarisch vorgeführt wurde, daß die "Verhältnisse" so festgefügt nicht sind, wie man ihnen täglich vormacht; daß man ihnen damit die Perspektive zur gewaltsamen Veränderung ihrer Situation eröffnet. Es gibt sehr viele Anhaltspunkte dafür, daß die Anwendung von Gewalt am 4. November 1968 bei vielen Arbeitern eher Sympathie als Abneigung, geschweige denn Furcht und Schrecken erregt hat. Die Identifikation mit dem Stärkeren ist eine aus der Psychoanalyse bekannt individuelle Reaktion. Und sicherlich hat es bei vielen Arbeitern Eindruck gemacht, daß sich die studentische Opposition für ihren Anwalt einsetzte und sich dabei nicht von der Polizei zusammenschlagen ließ.

In dieser Perspektive ist die Aktion am 4. November als ein Fortschritt gegenüber früheren Demonstrationen zu werten. Sie ist ein Fortschritt insofern, als eine vorher offensiv geplante Aktion (Besetzung des Landgerichts) solidarisch und entschlossen von allen Demonstranten durchgeführt wurde. Daß die Besetzung dennoch nicht gelang, spricht nicht gegen ein qualitativ neues Verhalten der Demonstrierenden.
Am 4. November wurde exemplarisch und antizipatorisch gezeigt, daß die außerparlamentarische Opposition der massiven Gewalt des Establishments nicht allein mit verbalen Protesten, sondern, wo rationale Diskussion und Aufklärung abgeschnitten wird bzw. folgenlos bleibt, mit Gegengewalt entgegentreten will und wird.

Diese Perspektive darf aber weder die einzige noch die maßgebliche sein, unter der die Aktion vom 4. November beurteilt werden muß. Bliebe sie nämlich die maßgebliche und würde sie zur politischen Richtschnur der weiteren Aktivität gemacht, so wäre es dem Establishment ein Leichtes, die Abwehrkräfte der Polizei derartig massiv gegen uns zu mobilisieren und einzusetzen, daß uns die Demonstration weiterer Exempel wie das vom 4. November unmöglich gemacht würde. Die Identifikation mit dem Stärkeren ist ein Phänomen, das sich ebensogut gegen uns richten und der außerparlamentarischen Opposition gefährlich werden kann. Daher können derartige militante Aktionen nur dann politisch sinnvoll sein, wenn sie zusätzlich mit der Identifikation mit dem solidarisch Handelnden und in dieser solidarischen Praxis nur sehr partiell und zeitlich beschränkt Stärkeren eine politische Perspektive auf eine weiterführende Konzeption und Strategie eröffnen, die durch massenhaften militärischen Einsatz der Polizei nicht wieder verschüttet werden können. Diese Perspektive kann nur die des Klassenkampfes als des Kampfes für die grundlegende Änderung der sozialökonomischen Verhältnisse und Machtstrukturen in un-

serer Gesellschaft sein.

Es muß zugegeben werden, daß die Aktiom vom 4. November von den an ihr Beteiligten zum größten Teil in dem Bewußtsein unternommen wurde, die Justiz als ein Element der Herrschaft und Gewaltausübung in der Klassengesellschaft anzugreifen, daß den Beteiligten also der Klassenkampfcharakter ihrer Aktion bewußt war. Es kommt aber darauf an, daß dieses Bewußtsein auch denen insgesamt vermittelt wird, für die Klassenkampf die langfristige Perspektive der Befreiung aus den bestehenden Verhältnissen bedeutet, also der Masse der lohnabhängigen Bevölkerung. Dies kann nicht durch das bloße Demonstrieren einer militanten Aktion geschehen, eine solche Aktion muß vielmehr im Kontext einer offensiven sozialen Strategie stehen, die auch für diejenigen einsichtig ist, die nicht an der Aktion selbst teilnehmen und trotzdem die Subjekte des Klassenkampfes sind. Ob dieser Kontext in ausreichendem Maße vor der Aktion hergestellt und einsichtig gemacht worden ist, ob die Justizkampagne unter diesem - unverzichtbaren - Aspekt überhaupt der richtige Ansatzpunkt ist, darüber gibt es - auch bei uns - geteilte Meinungen,die man wahrscheinlich vor der Aktion noch gründlicher hätte diskutieren sollen. Das ändert aber nichts daran, daß, nachdem diese Aktion - nicht ohne Vorbereitung - durchgeführt wurde und von uns als wenn auch einigermaßen schwierig zu vermittelndes Element von Klassenkampf anerkannt werden muß, es unsere politische Aufgabe ist, verstärkt dafür zu sorgen, daß diese Aktion nicht ohne die weiterführende politische Perspektive bleibt und vermittelt wird. Wenn dies gelingt, werden militante Aktionen als Elemente der Veränderung der bestehenden Herrschaftsstrukturen und der Verunsicherung ihrer Exponenten ihre wichtige und unverzichtbare Funktion haben. Damit dies geschieht, ist eine verstärkte agitatorische Tätigkeit nach außen und eine erneute intensive Diskussion und Verständigung über die Strategie des Klassenkampfes und die Aufgabe und Funktion einzelner Verbände innerhalb der außerparlamentarischen Opposition im Rahmen einer solchen Strategie dringend notwendig.

- - - - -

Zu meinem Beitrag "Demonstration und Gewalt" sind einige Leserbriefe geschrieben worden, die als Diskussionsbeiträge für die Cluböffentlichkeit abgedruckt werden.

Ich möchte hier nicht auf einzelne Punkte der Kritik eingehen, weil die nächsten Veranstaltungen des Clubs dazu noch ausreichend Gelegenheit geben werden. Ich möchte nur noch einmal meine scharfe Verurteilung der kurz nach der Aktion für die Öffentlichkeit formulierten Distanzierungen - nicht Kritiken - linker Gruppierungen erläutern.

Weder die Genossen der Betriebsgruppe noch die des SHB, um die Adressaten meiner Kritik konkret zu benennen, haben sich kritisch an den Vorbereitungen und Diskussionen im Ermittlungsausschuß und in der vom Ermittlungsausschuß durchgeführten Veranstaltung beteiligt, noch sind von ihnen Alternativvorschläge entwickelt worden, wie Öffentlichkeit und Widerstand gegen die laufenden Prozesse und unverhältnismäßigen Urteile gegen Demonstranten, d.h. Kommilitonen, hergestellt und geleistet werden können.

Es ist daher nötig zu fragen, welcher positive politische Beitrag mit einer vor einer kritischen Diskussion vollzogenen Distanzierung erreicht wird.

Es dürfte den Genossen klar sein, daß sie sich mit der Distanzierungspraxis einen positiven politischen Einfluß auf den ihrer Meinung nach irregeleiteten Teil der politischen Basis, der sie ohnehin bereits weitgehend entfremdet sind, eher verbauen, wenn sie ihn nicht sogar endgültig verlieren.

Bliebe als positive politische Wirkung die innerverbandliche Klärung und Stellungnahme. Aber auch hier wurde von wenigen präjudiziert, eine breite innerverbandliche Diskussion fand nicht statt und sicher kann angenommen werden, daß die Erklärung in beiden Verbänden nicht zur Klärung einer innerverbandlichen Strategie gedacht war. Bleibt also als Adressat die nicht beteiligte Öffentlichkeit sowohl im universitären wie außeruniversitären Rahmen, der man offensichtlich zeigen will, daß man nicht zu den gewaltsamen, steinewerfenden Radikalinskis, nicht zu den schwarzen, sondern nur grauen Schafen gehört. Verzeiht, daß ich mich spontan - nicht "selbstgerecht" - doch gleichwohl aus guten Gründen mit den schwarzen Schafen solidarisiert habe.

Ferner möchte ich korrigieren, daß mit meiner Polemik gegen die Schreibtischtäter nicht einer allgemeinen Theoriefeindlichkeit das Wort geredet werden soll, sondern derjenigen Tätigkeit, für die der Schreibtisch weitgehend der Rückzug ins Private bedeutet.

Solveig Ehrler

Werte Genossin Ehrler!
Ihr Artikel im RC Bulletin vom 7.11.68 gibt mir zu folgenden Bemerkungen Anlaß:
Die Anwendung von Gewalt ist nur dann sinnvoll, wenn die Demonstranten mächtig genug sind, um bestehende Machtstrukturen zumindest zu erschüttern. Das war im Frühjahr in Paris der Fall, ist es aber nicht in der BRD und noch weniger in Westberlin; das dürfte unbestreitbar sein. Gewaltanwendung lediglich zu dem Zweck, das Selbstbewußtsein der Demonstranten zu stärken und ihnen die Illusion zu geben, sie könnten den Polizeikräften widerstehen, ist gefährlich. Denn die Polizei hat die besseren Waffen und wird sie das nächste Mal benutzen. Die Opfer einer auf Gewalt basierenden Demonstration werden vergebens gebracht werden. Denn solche Demonstrationen finden keine Sympathie in der Bevölkerung, auch nicht im fortschrittlichen Teil.Die Unterstützung unpolitischer Rowdies dürfte kein Gewinn für eine sozialistische Bewegung sein. Das Wort Maos, daß Partisanen die Unterstützung der Bevölkerung wie der Fisch das Wasser brauchen, trifft auch auf Demonstranten zu. Ihre Aktionen sind wirkungslos, wenn sie statt Sympathien Antipathien hervorrufen. Die Eskalation war solange richtig, als es nötig war, die Beachtung der Öffentlichkeit auf die Demonstrationen zu lenken. Jetzt werden aber friedliche Veranstaltungen wie die Maidemonstration und die gestrige Vietnamkundgebung ebenso zu Kenntnis genommen wie unfriedliche. Gewaltfreie Aktionen sind wirksamer! Nicht das Anzünden der Lieferwagen von Springer, wodurch die Auslieferung der Zeitungen doch nicht oder jedenfalls nicht erheblich vermindert werden konnte, sondern die den Springerzeitungen beigefügte Kritik kann ihre Leser überzeugen, wenn es möglich ist, die kritische Beilage regelmäßig den Lesern zu liefern. Gewaltaktionen spalten auch die Bewegung, was nach den Diskussionen der letzten Tage keiner Begründung bedarf.

..... gez. Kurt Fabian

Der Artikel "Demonstration und Gewalt" von Solveig Ehrler im RC-Bulletin vom 7.11.1968 ist der krampfhafte Versuch, etwas zu rechtfertigen, was man selbst für falsch hält. Zutreffend wird nämlich festgestellt, daß die bisherigen Demonstrationen "an den Machtstrukturen" nichts verändert haben und daß der "Erfolg" am Tegeler Weg darauf zurückzuführen ist, daß die Polizei "einer Fehleinschätzung" unterlag.

Bleibt zu prüfen, ob die beiden genannten Gründe:

"Befreiung vom Trauma des 2. Juni"
und
"daß Ohnmacht und Isoliertheit durch solidarische Aktionen aufzubrechen sind"

hinreichend für diese Aktion waren.

Was die "Befreiung vom Trauma des 2. Juni" angeht, so glaubt S.E. doch nicht im Ernst, daß diese Befreiung am Tegeler Weg erreicht wurde oder jemals durch solche Aktionen zu erreichen ist.
Es sei denn, man unterstellt diesen Demonstranten wie den Polizisten, daß in solchen Gewaltakten Aggressionen abreagiert werden, die ihre Ursache u.a. in der fehlenden sexuellen Befriedigung haben.
Für diesen Fall sollte man dann die gleichen Ratschläge erteilen, wie man sie den Polizisten gab, allerdings der tatsächlichen Situation entsprechend abgewandelt, nicht "Verkürzung der Arbeitszeit, damit sie mehr Zeit für ihre Bräute haben", sondern "lehrt sie richtig lieben".

Was den zweiten Rechtfertigungsgrund angeht "Ohnmacht und Isoliertheit", so gibt es weniger gefährliche Methoden, um diese Einsicht zu gewinnen. Die Arbeiterschaft benötigt diesen konkreten Anschauungsunterricht keineswegs, da sie sehr wohl selber weiß, wann es erforderlich ist, auch mit Steinen zu werfen, nämlich dann, wenn das Mittel zum Ziel in einem angemessenen Verhältnis steht. Das hat sie in der Vergangenheit bewiesen und es gibt wenig Hinweise darauf, daß dies in Zukunft anders sein wird.

Allerdings sind die Vorstellungen darüber, was als angemessen gelten kann, innerhalb der Arbeiterschaft andere, als sie S.E. hat.
Die Arbeitnehmer sind nicht bereit, zur Verhinderung eines Ehrengerichtsverfahrens oder zur "Überwindung des Traumas vom 2. Juni" Tote oder Schwerverletzte in Kauf nehmen.

Schlimmes ist zu befürchten, wenn man den Hinweis ernst nimmt, daß es am Tegeler Weg darum ging, einen "Schritt zur Emanzipation" mit der Polizei zu tun.
Das kann konsequenterweise nur heißen (wenn man nicht wieder frustriert werden will), die nächsten Konfrontation erfolgt auf beiden Seiten unter Einsatz von Schußwaffen.

Es hat nichts mit "persönlicher Rückversicherung" zu tun, wenn man bestimmte Sachverhalte konsequent bis zum Ende durchdenkt und zu dem Ergebnis kommt, daß unpolitische Aktionen, die der Triebbefriedigung dienen (nach S.E. ging es am Tegeler Weg ja darum, die Frustrierten von ihrem Trauma zu befreien), abzulehnen sind, da sie der politischen Arbeit schaden.

Es ist auch keine Frage des "Karrieremachens", wenn man solche Aktionen nicht billigt, genau so wenig wie es ein zwingender Ausweis politischen Verhaltens ist, als "Vorbestrafter" keine Karriere mehr machen zu können.
Das ist eine Diskussionsebene, die außerhalb des RC zu liegen hat.

Wenig hilfreich für die politische Diskussion ist auch der Angriff auf diejenigen, die (wie S.E.) "Politik vom Schreibtisch" aus betätigen.
Um zu den von S.E. vorgetragenen Erkenntnissen zu gelangen, bedurfte es nicht des Beispiels am Tegeler Weg.

Daß eine Polizei, die die Lage nicht richtig einschätzt, zu schlagen ist, ist eine Erkenntnis, zu der man auch am Schreibtisch - ohne das Risiko von Verletzten und in Zukunft sogar von Toten - kommen kann.
Durch diese Art von Erkenntnissen aufgrund konkreter Erfahrung ist für die zukünftige Arbeit wenig gewonnen - sogar viel verloren - denn bei Demonstrationen auf die Fehleinschätzung der Polizei zu bauen, um Erfolg

zu haben, scheint mir - zurückhaltend ausgedrückt - grobfahrlässig. Wenn es um das Sammeln konkreter Erfahrungen geht, dann täte S.E. gut daran, an die Studenten folgenden Aufruf zu richten:

Brecht das "Fachidiotenstudium" ab und geht in die Betriebe. Schafft die für die Veränderung der Gesellschaft erforderliche Massenbasis.

gez. Karl-Heinz Volck

Der o.g. Artikel (Bulletin III, Demonstration und Gewalt) macht mir Beschwer; weil ich nicht weiß oder nicht erkennen kann, worauf er hinauswill, dabei habe ich ihn dreimal gelesen. Da kann man Komplexe kriegen. Dr. Marquardt ist leichter zu lesen.

Es sind immer nur einzelne Sätze, die sich herauslösen, ohne doch das Ganze verständlich zu machen. So z.B. daß Demonstranten Polizisten in die Flucht geschlagen haben und Polizisten vom Pferde geholt. Haben sie damit auch einen Staatsanwalt vom hohen Roß geholt? Polizisten in die Flucht zu schlagen (gewiß nur vorübergehend) ist doch ein bißchen billig. Das sind arme Hunde, genau wie unseroiner, zumal zum Befähigungsnachweis ein besonders hoher Intelligenzquotient doch wohl im allgemeinen nicht verlangt wird.

Da ist von "zukünftigen Außenseitern der Gesellschaft" die Rede. Bedeutet das eine Anerkennung der zurzeit bestehenden Gesellschaft? Wenn aber nicht, warum ist dann von Außenseitern die Rede? Es klingt eigentlich ein bißchen sentimental. Gehört Sentimentalität neuerdings auch zur Ausrüstung von Revolutionären? Für mein Verständnis sind die Außenseiter der Gesellschaft ganz wo anders zu finden. Axel Springer ist dann z.B. einer.

Wenn im vorletzten Absatz von solchen die Rede ist, "die Gewalt am Arbeitsplatz und in der Privatsphäre nur sehr vermittelt erfahren", dann habe ich dazu zu sagen: das sind mindestens 95 % der Bevölkerung "in deutschen Landen". Wenn von den übrigen 5 % noch jeder fünfte als Aktiver für eine Revolution gerechnet werden kann, dann haben wir Glück gehabt. So sieht es nämlich aus. Angriffe gegen Polizisten werden diesen Prozent-(oder auch Promille-)satz weiter verringern, anstatt ihn zu erhöhen.

Revolution verlangt ein revolutionäres Bewußtsein, sagen wir mal, um Zahlen unverbindlich zu nennen: bei mindestens 30 % der Arbeiterschaft und 10 % des Kleinbürgertums (zurzeit ist das Leitbild des Kleinbürgers und des Arbeiters der Großbürger).

Revolution verlangt ein revolutionäres Bewußtsein. 1917 in Rußland und 1918 in Deutschland war es, wenn auch unartikuliert, vorhanden.

Lenin hat es artikuliert, Noske und Ebert haben es zertreten. Äußere Verhältnisse (Krieg, Erschöpfung, Hunger) haben es geschaffen.

Heute und bei uns ist die Situation völlig anders. Das an allen Orten immer wieder wiederholte Argument "es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute", so blöd es auch ist, ist ein realer Faktor und muß darum ernst genommen werden, wenn es auch schwer fällt (auch mir fällt es schwer, ich mag es nicht mehr hören).

Also muß das Bewußtsein auf andere Weise geändert werden. Denn die Situation heute ist von der von 1917 und 1918 grundverschieden (noch viel mehr verschieden von der heute in Südamerika oder sonstwo). Darüber wäre mancherlei zu sagen, doch würde das hier zu weit führen.

So war die Aktion am 4.11. beim Landgericht für meine Auffassung eine konterrevolutionäre Aktion.

Eine Stellungnahme des RC zum 4.11. habe ich bisher vergeblich gesucht (ganz gleich wie, sie muß nicht meine Auffassung bestätigen, aber sie sollte eindeutig sein). Oder sollte der e.g. Artikel von Solveig Ehrler eine solche Stellungnahme sein? Das wäre schade

gez. Eberhard Ulbrich

Rasch nur ein Wort zum letzten RC-Bulletin vom 7.11.:
Falls Sie wollen, daß der RC binnen kurzem zusammenschmilzt auf einen winzigen Kreis, indem nur Sie und Ihre nächsten Freunde sich noch befinden, dann schreiben Sie öfters solche Kommentare wie den über "Demonstration und Gewalt". Es ist nicht jedermanns Sache, sich auf diese Weise in der Öffentlichkeit repräsentieren zu lassen, nicht nur deshalb, weil nicht jeder sich gerne als politischer Mensch lächerlich gemacht sieht, wenn er in Gesellschaft mit Analysen von der Qualität des Satzes "Polizei ist schlagbar" erscheinen soll, sondern vor allem deswegen, weil nicht jeder bereit ist, in seinem eigenen Klub Diffamierungen hinzunehmen, sobald er sich erlaubt, bestimmte Aktionen zu kritisieren oder sich von ihnen zu distanzieren. Da Sie auf Seite 2 oben zwischen den verschiedenen Kritikern keinerlei Unterschied machen, müssen mir Ihre Sätze ein Zeichen betrüblicher Unfähigkeit, anderen Standpunkten gerecht zu werden, sein, und das finde ich nicht nur schade, weil ich es, wie ich gestehen muß, nicht erwartet hatte, sondern auch wichtig für den RC, weil ich an solchen Fragen ja entscheidet, wie man ihn auffaßt: als eine Sammlung der radikal-demokratischen Linken - oder als eine trotzkistisch oder wie sonst immer zu betitelnde Sekte -.
Mit herzlichen Grüßen für Sie mit der Bitte, diesen Zwischenruf mir nicht zu verübeln,

Ihr gez. Helmut Gollwitzer

Anläßlich der Demonstration vor dem Landgericht könnte man
über die Problematik der Brutalisierung und Emotionalisierung
der APO (nicht nur auf der Straße, sondern viel schlimmer noch in den Veranstaltungen),
die Frage einsichtiger oder mechanischer Frustration entladender psychischer Reaktionen,
oder über die Frage nach der Basiserweiterung und Art unserer Aktionen,
oder über die Diskrepanz zwischen demokratisch gefällten Entscheidungen und der Taktik vorpreschender Gruppen
oder gar Strategie der APO (Herausfallen oder Desintegration)
diskutieren.

Man sollte die Diskussion jedoch nicht mit denjenigen führen, die in ihrer Unverschämtheit und Gemeinheit jede Kritik als "Rückversicherung" bei der (kapitalistischen) "Öffentlichkeit", also subjektiv und objektiv konterrevolutionär, beschimpfen, man sollte also nicht im Rep.Club Bulletin oder sonstwo mit Solveig Ehrler diskutieren, sondern die ewig Selbstgerechten und wahrheft Mutigen unter sich lassen.

gez. Johann-Wolfgang Landsberg

<u>Steine im Weg</u> (eine Antwort an die Genossin Ehrler)

"Man weiß jetzt, auf wen man in Zukunft politisch bauen kann." Ein Wort der Mit-Vorsitzenden Solveig Ehrler im letzten RC-Bulletin. Ein leeres Wort: Wer ist "man"? Wer will da was in wessen Zukunft "politisch" bauen?

Zunächst einmal: Der RC-Vorstand wird in Zukunft mit vielen Linken nicht mehr als Diskussionspartner rechnen dürfen, wenn Genossen mit abweichenden Ansichten pauschal diffamiert werden. Damit beziehe ich mich insbesondere (aber nicht nur) auf den ersten Teil der Ehrler-Ausführungen. Da unterstellt man Leuten - wer immer auch damit gemeint sein mag -, die die Vorgänge am Landgericht aus politischen, moralischen oder taktischen Gründen kritisieren und ablehnen, daß sie lediglich auf ein Pöstchen im Establishment erpicht wären: Ihre Distanzierung sei Rückversicherung, nachdem sie sich "auf den Wellen der linken Bewegung einen Namen gemacht" und ihre "Karriere gesichert" haben. Das seien nur sogenannte Linke, Gänsefüßchen-Sozialisten...

Ich schenke es mir, mich aus dieser Ehrler-Sicht heraus für diesen Beitrag zu "legitimieren", Vorstrafen aufzuzählen und vorzuweinen, wie man sich eine bürgerlich-journalistische Karriere dadurch vermiesen kann, daß man sich "auf den Wellen der linken Bewegung einen Namen" macht. Doch auf das Vorstrafen-Argument muß man aus anderen Gründen eingehen. Es scheint der weitverbreitete Irrtum zu herrschen, daß es in der APO inzwischen Hundertschaften von Vorbestraften gibt, denen eine bürgerliche Karriere auf Lebenszeit versperrt bleibt. Wir sollten uns nicht in die eigene Tasche lügen: Es gibt nur sehr wenige, die mit Gefängnis bestraft wurden, kaum ein Dutzend, das keine Bewährung erhielt. Bei zahlreichen Prozessen bleibt es bei Geldstrafen, die nach einiger Zeit wieder aus dem Strafregister getilgt werden. Relativ häufig kommt es auch zu Freisprüchen. Die politische Justiz entlarvt sich nur selten so offensichtlich wie in den Fällen Klarsfeld, Pawla, Kurras etc. durch Urteile, die auch konservativ-liberalen Leuten unverständlich sind.

Wesentlich deutlicher zeigt sie sich in der Anklagepraxis, in der Verhandlungsführung, in den Urteilsbegründungen (auch bei freisprechenden Urteilen). So einfach ist es eben nicht, auch wenn wir aus propagandistischen Gründen nach außen hin so argumentieren müssen, daß die Justiz systematisch Berufsrevolutionäre schafft, indem sie APO-Leuten durch Terrorurteile die Rückkehr in den Schoß des Establishments unmöglich macht. Es gibt unter uns nur sehr wenige wirklich "Ausgestoßene", Außenseiter auf Lebenszeit. Wir sollten - zumindest in der Intern-Diskussion - kein falsches Helden- oder Märtyrerbewußtsein und damit falsche Argumente schaffen.

In diesem Zusammenhang: Wenn ich - wie die Genossin Ehrler - die Psycho-Motive untersuche, die bei zahlreichen Demonstranten zur "Befreiung vom Trauma des 2. Juni" durch Steinwurf-Therapie geführt haben sollen, so kann ich damit mir politisch-taktisch unverständliche Handlungen zwar erklären, vielleicht auch entschuldigen, aber nicht rechtfertigen. Da sollten wir klar unterscheiden, auch wenn es sich um Genossen und Freunde handelt.

Zur Sache selbst: Taktisch finde ich es falsch, von APO-Seite her in der Auseinandersetzung mit der Polizei eine neue Eskalation von Gewalt und Gegengewalt zu erzwingen. Zweifellos haben die Demonstranten am Tegeler Weg die Eskalation fortgesetzt und sind zum Angriff übergegangen. Dabei verwandten sie Mittel, nämlich Pflastersteine und Bauschutt, gegen die ein Polizeischlagstock ein harmloses Instrument zu sein scheint (ich habe mich mehrfach einem "Test" am eigenen Leib unterziehen müssen und fühle mich daher "kompetent"). Zwar erzielten die Demonstranten an jenem Montag einen "Sieg" über die Polizei, zum ersten Mal mußten die Uniformierten wie die Hasen davonlaufen, doch ist es falsch, daraus den Schluß zu ziehen, ein solcher "Sieg" wäre wiederholbar. Die Polizeiführung konnte nach all ihren Erfahrungen einfach nicht mit einer solchen Offensiv-Aktion rechnen, daher verlor sie die Schlacht. Jetzt aber - dessen darf man gewiß sein - rechnet sie bei jeder Demonstration mit einer militanten Kon-

frontation und wird dafür gewappnet und bewaffnet sein.

Kein Mensch wird mehr über APO-Gewaltaktionen, über Steinwürfe etc. reden, wenn die Polizei beispielsweise einen Massenstreik oder eine Großdemonstration mit über hunderttausend Teilnehmern verhindert wollte. Dann wird "Militanz" allerdings zu einer Selbstverständlichkeit. Bevor aber eine solche Massenbasis nicht existiert, führt "Militanz" zur Verhinderung oben dieser Basis (wobei ich unter "Militanz" die Attacke und nicht Defensiv-Notwehraktionen verstehe).

Das Konzept führender APO-Leute, daß gerade Militanz die Massen erst für die sozialistische Bewegung mobilisiere, scheint mir für Westberlin eindeutig widerlegt. Auf einer Pressekonferenz im RC hatte ein SDS-Sprecher nach jenem Landgericht-Montag erklärt, daß die Vietnam-Demonstration des darauffolgenden Sonnabend die machtvollste seit APO-Gedenken werden würde. Wir kennen das im Vergleich zu anderen wirklich machtvollen Vietnam-Demonstrationen klägliche Ergebnis von bestenfalls 3000 Mann. Offensichtlich haben solche Theoretiker (und wie man zugeben muß: auch Praktiker) den Kontakt zur Basis verloren, den sie immer so lautstark für sich in Anspruch nehmen.

Sicherlich spielt beim Scheitern dieser "breiten Massendemonstration" (wie sie Solveig Ehrler ankündigte) auch die latent antikommunistische Strömung in der APO - und gerade beim RC und SDS - eine Rolle, mit der man unter dem Deckmantel des Antistalinismus insbesondere schon vorher von ihren Lehrern genügend indoktrinierte Schüler gewinnen kann (wobei das Lächerliche einer solchen "antistalinistischen" Veranstaltung ist, daß 14 bis 17-jährige Schüler zu hunderten Stramm mit einem Wald von Mao-Bildern marschieren: O Gevatter Stalin, an solchen Personenkult-Aufmärschen hättest du deine Freude gehabt).

Der Erfolg des 1. Mai dieses Jahres scheint mir bald verspielt zu sein. Ich erinnere mich, daß sich einige Genossen am 21. August über die CSSR-Okkupation ebenso schenkelschlagend freuten wie die Waldens und Lemmers auf der Rechten: Hatte man doch endlich eine Begründung, "kommunistische Fraktionen" vom Rand der APO zu vertreiben. Hatte man hierbei zahlreiche Radikaldemokraten und Linksliberale als willkommene Partner, so übte man bald auch wieder gegen sie eine erfolgreiche Verschreckungstaktik. Schon lange wurde bei führenden RC-Leuten nur noch von "liberalen Scheißern" geredet, wenn man linke oder halblinke Sozial- und Freidemokraten, Christen oder Pazifisten im Club meinte. Nur vergessen die meisten der sich heute so ungeheuer links gebärdenden Genossen, daß sie selbst einmal "liberale Scheißer" waren, deren Empörung (beispielsweise nach dem 2. Juni) langsam zu einem politischen, sozialistischen Bewußtsein verarbeitet wurde. Ich möchte behaupten, daß nur der auf Dauer Sozialist ist und bleibt, der sich jenem moralischen Anspruch, mit dem er sich zuerst gegen die Gesellschaft stellte, bewahrt. Sicherlich gibt es auch heute noch viele unter uns, die - wie die Genossin Ehrler schreibt - "sich über Napalm in Vietnam entrüsten, sich aber nicht mit dem revolutionären Kampf der Vietcong identifizieren wollen". Mit diesen Freunden muß man eben politisch arbeiten, diskutieren, informieren - aber nicht in jener "anti-autoritären" Manier, die sich mehr und mehr autoritär und dogmatisch gibt.

Zurück zum eigentlichen Thema: Ich bin davon überzeugt, daß die Steine am Landgericht uns keinen Weg in die sozialistische Zukunft (und das ist für mich immer noch der lange Marsch durch die Institutionen) bauen, sondern diesen Weg nur erschweren. Wenn wir dies sachlich und offen untereinander diskutieren, dann wollen wir es wie Genossen tun - scharf aber nicht feindlich. Wir haben wahrhaft genug Feinde um uns, als daß wir aufeinander losgehen könnten. Wer dieses Minimal-Gebot der Solidarität allerdings nicht achtet, darf in seiner politischen Zukunft nicht auf mich bauen.

Martin Buchholz

II. Veranstaltungen des Clubs

Mexiko: Aufruf mexikanischer Genossen

"Länder mit 50 % und mehr Analphabeten, Länder in denen 50 % und mehr der Ausfuhren von einem Produkt und von einem 'Abnehmer' abhängen, Länder, in denen ein großer Teil (manchmal der größte) der Bevölkerung ziellos in den großstädtischen Ghettos (Favelas) oder in den ländlichen Hungerwegen umherirrt, Länder, in denen der größte Teil der Bevölkerung (Indianer, Neger, Mestizen) 'überflüssig' sind, Länder, in denen 1 % und weniger der Landeigentümer 70 % des Bodens besitzen, bestimmen das Bild Lateinamerikas.'

Das Elend Haitis, Guatemalas, Boliviens, Paraguays usw. läßt sich schwer mit Zahlen umreißen.

Wenn man dazu noch sieht, wie viele Ärzte, Krankenhausbetten, Techniker, Traktoren usw. Lateinamerika zur Verfügung hat, um diesem Elend entgegenzutreten, verliert man jede Hoffnung, daß es einmal besser werden könnte; vor allem, wenn - wie es zur Zeit der Fall ist - das Elend schneller wächst als die 'Mittel' zu dessen Bekämpfung. Auch bürgerliche Politiker sind der Meinung, daß, wenn man nicht bald etwas gegen die hohe Bevölkerungszunahme in Lateinamerika tut, wir uns einer Katastrophe nähern. Aber viel mehr können sie auch nicht sagen. Denn sie können (oder wollen) nicht die gesamte Realität unseres Kontinentes sehen. Sie plädieren für eine (imperialistische) Entwicklungshilfe. Wir plädieren für eine revolutionäre.

Die Analphabeten, landlosen, ausgehungerten und ausgeplünderten Lateinamerikaner sind nicht mehr hilflos. Sie verfügen schon über eine Armee, die sie nicht nur verteidigt, sondern auch befreien wird. Gewiß, viele unserer Befreiungsarmeen befinden sich noch im Aufbau, es ist nicht ausgeschlossen, daß viele auch noch harte Verluste erleiden werden müssen. In Venezuela, Guatemala und Colombia gibt es bereits schlagkräftige Befreiungsarmeen; in Bolivia und Nicaragua sind sie im Entstehen, in den anderen 'Republiken' werden sie demnächst wie Pilze aus dem Boden der imperialistischen Fäulnis schießen.

Diese Befreiungsarmeen haben nicht nur gegen nationale Oligarchien zu kämpfen, sie haben vor allem gegen das nordamerikanische Imperium zu kämpfen, was uns heute mehr eint als es je zuvor Sprache und Religion vermochten.

Aber all das ist bekannt, es ist auch bekannt, daß unsere Befreiungsarmeen sich in harten Auseinandersetzungen (nicht nur verbal) mit den stablierten 'Revolutionären' bestätigen müssen. Unser Kampf wird durch die Verfechter des Wahlkampfes, des Kompromisses und der Missionierung des Imperialismus und dessen Helfershelfer stark erschwert, aber nicht verhindert.

Aber nicht nur diejenigen, die 'eine andere Meinung als die der Guerillos vertreten' stehen in Gegensatz zu diesen und zu uns, sondern auch viele, die in- und außerhalb Lateinamerikas über die Guerilllas fromme Theorien entwickeln.

Die Aufgabe eines jeden Theoretikers ist, zu warten, daß die anderen die Revolution machen!

Wir wollen sie selbst mitmachen. Als Anfang dazu wollen wir eine Solidaritätsaktion starten. Diese Solidaritätsaktion soll nicht frustrierende gegenseitige 'Links-Bestätigung' bleiben; wir wollen nicht, daß sich Solidarität im Tragen von Che Guevara-Portraits erschöpft. Wir werden unsere Aktionen mit konkreter Solidarität starten, in Form einer Geldspende, die zu den Genossen in Südamerika gehen wird. Erschrecken Sie nicht. Diese Geldspende soll das Ergebnis einer Bücherverlosung sein.

Als Rahmen zu dieser(ersten) Solidaritätsaktion dienen einige 'Mexiko-Experten', die über die Hintergründe der letzten und kommenden (!) Ereignisse in Mexiko sprechen werden. Unsere Referate dienen nicht nur dazu, um das Wissen einiger progressiver Intellektueller zu bereichern, wir werden darüber hinaus versuchen, eine Vermittlung zu schaffen zwischen Schülern, Studenten, Arbeitern und intellektuellen Lateinamerikas - die nicht nur wegen hoher Mieten und Buspreise protestieren - mit den Kräften Westberlins, die die aufsteigenden Befreiungsarmeen in Lateinamerika nicht nur als Diskussionsobjekt betrachten.

Hasta la victoria siempre.
Venceremos si por qué nuestra causa es justa, es la causa de los pueblos. - !"

Zur Anregung und Vorbereitung auf die Veranstaltung mit Dr. Ebert "Zur Strategie gewaltfreier Aktionen in Formaldemokratien" am 29. November veröffentlichen wir einige von H. Biamino und M. Pfüller zusammengestellte Thesen aus den bereits vorliegenden Veröffentlichungen Eberts:

Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg?

Dr. Ebert und die Außerparlamentarische Opposition

Dr. Theodor Ebert, seit 1967 Assistent am Otto-Suhr-Institut, trat im Februar 1968 zum ersten Mal mit einer von ihm initiierten und theoretisch begründeten Aktion, der 'Blockade' der Griechischen Militärmission, in das Blickfeld der Außerparlamentarischen Opposition. Im gleichen Monat erschien sein Buch mit dem programmatischen Titel 'Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg'. Es folgten zahlreiche, diesem Thema zugeordnete Artikel, zuletzt im SPIEGEL und in der ZEIT.

Die Außerparlamentarische Opposition, von Dr. Ebert in seinen Artikeln mehrfach angesprochen, hat auf seine Theorien bisher kaum reagiert. Der Grund dürfte in den gegensätzlichen Ansichten zum Gewaltproblem liegen. Dr. Ebert vertritt die Auffassung, Gewaltanwendung, gleichgültig, ob gegen Personen oder Sachen, sei unter keinen Umständen zu akzeptieren. Die taktisch-temporäre Gewaltlosigkeit, die zumeist die Demonstrationen der Außerparlamentarischen Opposition bestimmte, hielt er seit je für gefährlich, da sie potentielle Gewaltanwendung nicht ausschloß. Dr. Ebert meint: 'Der aufklärerischen Zielsetzung ist der zivile Ungehorsam nur dann angemessen, wenn er nicht zum unverantwortlichen Rabatz wird, sondern sich tatsächlich 'zivil' darstellt. Gandhi hat dieses zivile Verhalten einmal ziemlich präzise als 'höflich, wahrheitsliebend, bescheiden, klug, hartnäckig, doch wohlwollend, nie verbrecherisch und haßerfüllt' interpretiert. - Wenn die Außer-

parlamentarische Opposition es lernt, bei direkten Aktionen 'zivil' aufzutreten, wenn sie Modelle demokratischer Beteiligung und ein präzises innen- und außenpolitisches Alternativprogramm entwickelt, und wenn sie eine neue Verteidigungskonzeption ausarbeitet und einübt, dürfte es ihr gelingen, weiten Teilen der Bevölkerung die Furcht vor einer neuen Diktatur und/oder einer Verschlechterung ihrer materiellen Lage zu nehmen, dann könnte der lange Marsch durch die Institutionen zu einer radikalen Verringerung des emanzipatorischen Defizits führen.'

Dr. Ebert lehnt den Gedanken der emanzipatorischen Gewalt also radikal ab. Dr. Ebert glaubt, daß allein die permanente, absolute Gewaltfreiheit direkter Aktionen wirkliche Änderungen eines Herrschaftssystems erreichen kann. Die Entmachtung der Herrschenden vollzieht sich unter gewaltfreiem Zwang, der aber immer mit dem Versuch verbunden sein muß, die Gegner von der moralischen Haltlosigkeit ihrer Position zu überzeugen. Dr. Ebert glaubt sogar, daß die Etablierten bei geschickter Taktik und bestimmten Zugeständnissen - Garantie der gewohnten Privilegien und des Sozialprestiges - bereit sein werden, freiwillig auf die politische Macht zu verzichten und beim Aufbau der partizipierenden, sozialen Demokratie mitzuarbeiten, die durch soziale Verteidigung - 'civilian defence' - für jeden Feind unangreifbar wird.

Dr. Ebert fundiert seine Überzeugung mit dem festen Glauben an den "humanen Kern", der jedem Menschen eigen sei und der ihn für den Appell des freiwilligen Selbstleidens empfänglich mache. Deshalb schreibt Dr. Ebert: 'Verträgt sich die letzte Einsatzbereitschaft für die Bewußtmachung des anderen, religiös gesprochen seine 'Erlösung', noch mit der Forderung des SDS, daß jede Veranstaltung oder Demonstration so erfinderisch geplant sein muß, daß sie für den Studenten im ganz gewöhnlichen Sinne spannend ist und Spaß macht? - Es wird unumgänglich sein, daß die Außerparlamentarische Opposition auch die Opferbereitschaft als notwendige, zusätzliche Qualität in ihre strategischen Überlegungen einbezieht und sich über die weltanschauliche Fundierung eines solchen gesteigerten Einsatzes Gedanken macht . Wahrscheinlich hatte Gandhi recht, als er behauptete, daß 'kein Land sich noch emporgearbeitet hat, ohne durch das reinigende Feuer des Leidens gegangen zu sein'. Die Geschichte kennt keine Revolution der Spaßmacher - aber sie kennt doch einige Berufsrevolutionäre wie Gandhi und King, die Zeit ihres Lebens fröhliche Menschen waren".

Zur Veranstaltung am Sonntag, den 1. Dezember 1968, hat Dr. Reinhard Rürup acht Thesen ausgearbeitet, die als Diskussionsgrundlage dienen sollen:

<u>Revolution und Demokratie in Deutschland 1918/19</u> - Thesen zu einer historischen Analyse.

1. Bei den Vorgängen in Deutschland 1918/19 handelt es sich nicht nur um einen Zusammenbruch des alten Systems, sondern um eine Revolution.
2. Diese Revolution ist gescheitert. Sie darf jedoch nicht nur von ihren Ergebnissen her bewertet, sondern muß auf ihre Möglichkeiten hin befragt werden.
3. Der Begriff "Novemberrevolution" ist irreführend. Man darf den Staatsumsturz vom 9./10. November nicht mit der Revolution verwechseln: der die Zukunft entscheidende revolutionäre Prozeß begann erst mit dem Umsturz.
4. Die radikale Revolution nach bolschewistischem Muster hatte in Deutschland 1918/19 keine Chance.

5. Für die Demokratie in Deutschland gab es mehr Chancen, als tatsächlich wahrgenommen wurden. Mit Hilfe der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte hätten die alten gesellschaftlichen Machtpositionen in Heer, Bürokratie und Wirtschaft zerstört werden können. Es war möglich, eine zugleich stabile und entwicklungsfähige Demokratie zu schaffen.

6. Im November 1918 waren Kompromisse mit den Funktionsträgern des alten Systems unumgänglich. Aber diese Kompromisse mußten und konnten dazu dienen, Demokratie zu verwirklichen und nicht sie zu verhindern.

7. Die Arbeiter und Soldatenräte der ersten Revolutionsphase waren spontan gebildete Organe einer sozialistisch akzentuierten, demokratischen Volksbewegung. Ihr Ziel war nicht ein Rätesystem, sondern eine durchgreifende Demokratisierung in allen Lebensbereichen auf der Basis eines parlamentarischen Systems.

8. Eine spezifische Rätebewegung entstand erst aus dem Scheitern der Revolution seit Januar 1919. Diese Bewegung scheiterte politisch, ihr theoretischer Ertrag ist noch nicht aufgearbeitet.

III. Aufruf des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises

Der Gewerkschaftliche Arbeitskreis untersucht im Rahmen der Winterkampagne die derzeitigen Formen und Moglichkeiten der Mitbestimmung im Betrieb. Es werden dabei Konfliktfälle aus Westberliner und westdeutschen Betrieben analysiert und anhand der Ergebnisse die Mitbestimmungskonzepte der Gewerkschaften und Parteien kritisiert.

Um ein einigermassen zutreffendes Bild zu erhalten, suchen wir noch weitere Fälle, in denen die Geschäftsleitung sich über den Willen von Belegschaft und Betriebsrat hinweggesetzt hat. Wir bitten deshalb Mitglieder und Freunde des Republikanischen Clubs, die solche - auch scheinbar alltäglichen - Fälle kennen, sie dem Gewerkschaftlichen Arbeitskreis mitzuteilen.

Wenn Sie keine Zeit haben, die Schilderung zu Papier zu bringen, genügt ein mündlicher Bericht an ein Mitglied des Arbeitskreises. Er soll nur das wesentliche des Konflikts zeigen, braucht also keine Namen und "Betriebsgeheimnisse"zu nennen.

Kontaktadresse: Hellmut Lessing, Telefon 35 73 35

Nächste Termine des Arbeitskreises:
Donnerstag, 28. 11. und 12.12. um 19 Uhr 30 im RC

IV. Veranstaltungskalender

Donnerstag, den 21. November 1968 - 20 Uhr
Willi Hunn - Zur Kritik einiger Legenden über die deutsche Novemberrevolution 1918/19

Freitag, den 22. November 1968 - 20 Uhr
"Solidarität mit Mexiko" Ein Informationsabend.
Alberto Olmos (Mexiko) Kritische Analyse der mexikanischen Revolution von 1910 - 1917.
Jorge Salazar (Ecuador) Die heutige mexikanische Studentenbewegung und ihre Hintergründe.

Nach der Veranstaltung werden von Verlagen gestiftete Bücher versteigert und unveröffentlichte Schriften von Guevara etc. angeboten. Der

Erlös geht nach Mexiko! Wir bitten Sie deshalb, uns diesen Freitag zu besuchen! (s.o. den Beitrag in dieser Ausgabe des BULLETINS).

Donnerstag, den 28. November 1968 - 20 Uhr
Der Schriftsteller und Satiriker Dr. Felix Rexhausen spricht zum Thema: "Die weitaus überwiegende Auffassung" - Soziologische Aspekte der Homosexualität
(Veröffentlichungen u.a. "Die Sache" bei Bärmeier & Nikel)

Freitag, den 29. November 1968 - 20 Uhr
Dr. Ebert
Zur Strategie direkter Aktionen in Formaldemokratien
(Lesen Sie bitte dazu auch den Beitrag von Hanna Blamino und Mathias Pfüller in dieser Ausgabe des BULLETINS)

Sonntag, den 1. Dezember 1968 - 20 Uhr
Dr. Reinhard Rürup
Revolution und Demokratie in Deutschland 1918/19
(Lesen Sie bitte dazu auch den Beitrag von Herrn Rürup in dieser Ausgabe des BULLETINS)

Freitag, den 6. Dezember 1968 - 20 Uhr
Clubgespräch: Demonstration und Gewalt.
Diskussion über die Erklärung des Vorstandes
mit Niels Kadritzke, Knut Nevermann etc.

Sonntag, den 8. Dezember 1968 - 20 Uhr
"Widerstand in Spanien heute"
Joan Esteller und Jose Suaréz berichten über die Situation in Spanien
Außerdem singen sie Widerstandslieder
(Joan y Jose treten in der Woche vom 2. - 6.12.1968 im Reichskabarett auf!)

Ergänzungen und Änderungen bitten wir dem EXTRA-DIENST zu entnehmen!!